



Wesentliche Ergebnisse des 8. Kohäsionsbericht der EU-Kommission „Kohäsion in Europa bis 2050“

Die Kohäsionspolitik ist die Strategie der Europäischen Union zur Förderung und Unterstützung der „harmonischen Entwicklung ihrer Mitgliedstaaten und Regionen als Ganzes“. Gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Art. 174) hat die Kohäsionspolitik das Ziel, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu stärken, indem sie Ungleichheiten im Entwicklungsniveau der Regionen abbaut. Ungefähr 32,5 % des EU-Haushalts für 2014 bis 2020 (dies entspricht 351,8 Mrd. Euro im Verlauf von sieben Jahren zu Preisen des Jahres 2014) sind den Finanzierungsinstrumenten zugewiesen, mit denen die Kohäsionspolitik unterstützt wird. Diese werden von der Europäischen Kommission, den Mitgliedstaaten und Beteiligten auf lokaler und regionaler Ebene gemeinsam verwaltet und bereitgestellt.

Im Februar d. J. hatte die EU-Kommission den 8. Bericht zur Kohäsionspolitik vorgelegt, in dem die Fortschritte analysiert werden, die in den letzten zehn Jahren erzielt wurden. Daneben wurden die Herausforderungen für die nächsten 30 Jahre dargelegt. Der Bericht geht auf die Auswirkungen der COVID-19-Krise und des Ukrainekrieges sowie die Folgen der klimatischen, digitalen und gesellschaftlichen Veränderungen für die ausgewogene Entwicklung der Union ein.

Nachfolgend werden die wesentlichen Erkenntnisse des 8. Kohäsionsberichts stichpunktartig wiedergegeben:

- Konvergenz wirtschaftliche Entwicklung
 - Seit 2001 haben die weniger entwickelten östlichen Regionen der EU gegenüber dem Rest der EU aufgeholt, was zu einer erheblichen Verringerung des Pro-Kopf-BIP-Gefälles geführt hat.
 - Die Konvergenz wurde durch das hohe Wachstum in den weniger entwickelten Regionen vorangetrieben, aber ihre geringen Kostenvorteile und Erträge aus Infrastrukturinvestitionen könnten mit der Zeit schrumpfen.
 - Mehrere Regionen mit mittlerem Einkommen und weniger entwickelten Regionen, insbesondere in den südlichen Teilen der EU, haben eine wirtschaftliche Stagnation oder einen Niedergang erlitten, was darauf schließen lässt, dass sie sich in einer Entwicklungsfalle befinden.
 - Metropolregionen schneiden besser ab als andere Regionen.
- Verbesserung Beschäftigung und soziale Eingliederung
 - Die Beschäftigung hat zugenommen, aber die regionalen Unterschiede sind größer als vor dem Jahr 2008 (Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise).

- Die Verringerung der regionalen Beschäftigungsunterschiede erfordert ein stärkeres Beschäftigungswachstum und eine Verringerung des Geschlechtergefälles.
- Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen ist zwischen 2012 und 2019 um 17 Millionen gesunken.
- Die Unterschiede in Bezug auf die Gesundheit haben sich verringert.
- Kohäsionspolitik verringert Ungleichheiten
- Nachdem die nationalen öffentlichen Investitionen aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise zurückgegangen waren, wurde die Kohäsionspolitik zu einer wichtigeren Investitionsquelle.
- Die Kohäsionspolitik reagierte rasch auf die COVID-19-Krise, indem sie zusätzliche Mittel mobilisierte, die Ausgaben für die Krisenbewältigung förderfähig machte und höhere Kofinanzierungssätze zuließ.
- Der hohe Anteil der kohäsionspolitischen Investitionen in die Infrastruktur hat u. a. dazu beigetragen, das Gefälle der Güterkraftverkehrsleistungen in der östlichen EU zu verringern und es in den südlichen Teilen der EU zu überwinden.
- Ein grundlegender Breitbandzugang ist in der EU fast flächendeckend vorhanden, aber nur zwei von drei Personen in Städten und eine von sechs Personen auf dem Land haben Zugang zu Hochgeschwindigkeitsanschlüssen.
- Investitionen in die Verkehrs- und IT-Infrastruktur allein führen nicht automatisch zu höheren Wachstumsraten. Sie müssen von Maßnahmen begleitet werden, die ein günstiges Umfeld für das Wachstum von Unternehmen schaffen und Arbeitnehmern den Zugang zu neuen Beschäftigungsmöglichkeiten in allen Regionen erleichtern.
- Die Luft- und Wasserverschmutzung wurde zwar reduziert, ist aber in vielen weniger entwickelten Regionen immer noch zu hoch.
- Die Ausstattung der Bevölkerung bzw. Arbeitnehmer mit Qualifikationen (Hochschulbildung, lebenslanges Lernen, digitale Kompetenzen) ist ungleich verteilt und konzentriert sich auf die stärker entwickelten Regionen. U. a. beim Bildungsniveau und den Qualifikationen gibt es ein großes Stadt-Land-Gefälle.
- Das Unternehmertum ist entscheidend für das Wachstum, ist aber tendenziell in größeren Städten konzentriert.
- Innovation ist die wichtigste Determinante für langfristiges regionales Wirtschaftswachstum, doch das regionale Innovationsgefälle in Europa ist größer geworden.
- Neue Wachstumschancen und Risiken in den kommenden 30 Jahren

- Der Übergang zu einer grünen Wirtschaft und insbesondere die Ziele einer CO₂-neutralen und kreislauforientierten Wirtschaft werden die Volkswirtschaften verändern.
- Die sozialen Auswirkungen des EU-Ziels der Klimaneutralität bis 2050 werden von Region zu Region unterschiedlich sein und in Regionen mit hoher Armut möglicherweise stärker ausfallen. Dies erfordert die Unterstützung durch politische Instrumente wie den Fonds für einen gerechten Übergang.
- Der Übergang zur Nutzung digitaler Technologien erfolgt in Europa mit unterschiedlicher Geschwindigkeit.
- Der demografische Wandel, insbesondere die Überalterung, wird alle Regionen betreffen, aber die ländlichen Regionen zuerst.

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die Kohäsionspolitik die wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Ungleichheiten in den letzten zwei Jahrzehnten verringert hat. Doch die großen grünen, digitalen und demografischen Veränderungen können neue Ungleichheiten schaffen, die Anforderungen an nationale und lokale Behörden erhöhen, die Unzufriedenheit der Bevölkerung schüren und die Demokratien unter Druck setzen.

Die Kohäsionspolitik kann zusammen mit anderen EU-Strategien diesen neuen Herausforderungen begegnen, indem Maßnahmen gegen diese neuen Ursachen für Ungleichheiten ermittelt werden, die Rolle der Regionen gestärkt wird und die territorialen Auswirkungen der horizontalen EU-Politik berücksichtigt werden. Im Einklang mit dem Ziel einer stärkeren sozialen Konvergenz der europäischen Säule sozialer Rechte sollte eine breit angelegte Grundsatzdebatte zu diesen Themen eingeleitet werden, die in die Entwicklung der Politik nach 2027 einfließt.

Eine Auseinandersetzung mit den neuen Ursachen für mögliche zunehmende Ungleichheiten soll u. a. durch folgenden Themen erfolgen:

- die Gewährleistung eines fairen Übergangs bei der Umstellung auf eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft, dem Schutz der Umwelt, der Wiederherstellung der Natur und der Verringerung der Umweltverschmutzung,
- aufgrund der Pandemieerfahrungen eine Stärkung der Resilienz und Reaktionsfähigkeit der Kohäsionspolitik gegenüber asymmetrischen Störungen,
- die Unterstützung der Regionen bei der Bewältigung des demografischen Wandels,
- den Druck auf die Demokratie und ihre Werte durch territoriale Instrumente zur Einbindung lokaler Akteure verringern
- die Verankerung von Innovationen in allen Regionen
- die Stärkung der grenzübergreifenden und interregionalen Zusammenarbeit
- die Stärkung der Verbindungen zwischen Stadt und Land und der Rolle kleinerer Städte und Gemeinden bei der Unterstützung ländlicher Gebiete.

Der 8. Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt mit dem Titel „Kohäsion in Europa bis 2050“ umfasst 353 Seiten. Die Mitteilung der Kommission an das EU-Parlament zum 8. Kohäsionsbericht fasst die wesentliche Ergebnisse auf knapp 23 Seiten zusammen. Beide Dokumente können in unserem Informationsangebot im Internet unter

www.kommunales-sachsen-anhalt.de

in der Rubrik ***Mitgliederservice, Themengebiete, Europa, EU-Fonds allgemein*** abgerufen werden.

jl-ck